

1P/SM-88/ME

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion

Zahl: LAD-295/142-1988

Eisenstadt, am 11. 3. 1988

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
 das Familienlastenausgleichsgesetz
 1967 geändert wird; Stellungnahme.

Telefon: 02682 - 600
 Klappe 221 Durchwahl

zu Zahl: 28 0102/1-II/8/88

An das
 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie

Betrifft GESETZENTWURF
Zl. GE/91
Datum: 17. MRZ. 1988
Verfert. 18. MRZ. 1988 Yapp

Mahlerstraße 6
 1015 Wien

St. Klauz

Zum obbez. Schreiben beeckt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß der anher zur Stellungnahme übermittelte Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, vom Standpunkt der vom Amt zu wahrenen Interessen keinen Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen gibt.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:
 i.V. Dr. Roth eh.

F.d.R.d.A.

Schill

Zl. u. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 11. 3. 1988

1. Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,
1017 Wien, 25-fach,
2. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landes-
amtsdirektoren),
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:

i.V. Dr. Roth eh.

F.d.R.d.A.

Schiller